



Bildungswerk für Kommunalpolitik e. V.

FREIE WÄHLER

Wie modern ist Ihre Gemeinde?

Gedanken zum Thema Modernes Kommunalmanagement



Klaus Stallmeister, Erster Bürgermeister der Gemeinde Hallbergmoos, Referent BKB

Die nächste Kommunalwahl rückt näher und damit steigt erfahrungsgemäß auch die Anzahl der Mitbürgerinnen und Mitbürger, die genau zu wissen glauben, wo die Politik versagt hat und wie eine wirklich „gute“ Kommunalverwaltung arbeiten soll. Doch woran erkennt man „modernes Kommunalmanagement“? Der nachfolgende Artikel soll mit einigen – teils provozierenden – Thesen einen Diskussionsbeitrag leisten.

Definition „Modernes Kommunalmanagement“

Beginnen wir mit dem Begriff „Modernes Kommunalmanagement“. Dahinter verbirgt sich weder das „Neue Steuerungsmodell“ noch eines der darin angesprochenen Themen. Schlagworte wie „Outputorientierte

Steuerung“, „Kontraktmanagement“, „Verantwortungsabgrenzung“, etc. lassen Raum für Fehlinterpretationen, verursachen unnötigen Diskussionsbedarf und schüren damit unnötig Misstrauen zwischen allen Beteiligten. Ist es nicht viel logischer und folglich leichter vermittelbar, wenn Maßnahmen ergriffen werden, die zu Effizienzsteigerungen, besserem Bürgerservice oder Vereinfachungen führen? Unsere Aufgabe als Politiker ist es doch auch, dafür zu sorgen, dass die Verwaltung als Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger (unsere Kunden/Partner) agiert und nicht umgekehrt. Das ist modernes Kommunalmanagement!

Änderungen können nur mit den Beteiligten umgesetzt werden, niemals gegen sie!

Die Rolle der Verwaltung

Leider gibt es immer noch eine Reihe von Kommunen, in denen der Verwaltung kaum Kompetenzen zugestanden werden. Im Privatleben müssen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oft weitreichende Entscheidungen treffen, in der Verwaltung – obwohl über Jahre dafür ausgebildet – erlaubt man es ihnen nicht. Arbeiten dieselben Menschen wirklich so schlecht, dass sie morgens an der Stempeluhr ihren Verstand abgeben müssen und nicht einmal kleinste Entscheidungen selbst treffen können?

Meine Erfahrung zeigt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr wohl fähig und auch bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, wenn sie wissen, dass man Vertrauen in ihre Leistung hat. Dazu muss man nicht sofort mit einer Beförderung bzw. Gehaltserhöhung winken; alleine mehr Freude an der Arbeit bewirkt oft schon kaum für möglich gehaltene Leistungen. In den 12 Jahren als Bürgermeister bin ich noch nie enttäuscht worden.

Die Verwaltung als Team

Gerade in kleinen und mittleren Verwaltungen ist es unumgänglich, dass alle Beschäftigten an einem Strang ziehen. Änderungen können nur mit den Beteiligten umgesetzt werden, niemals gegen sie! Hier kommt dem Bürgermeister eine Schlüsselposition zu: er muss jeden Einzelnen in der Verwaltung kennen, seine Arbeitsweise, seine Stärken und Schwächen. Er muss für alle ansprechbar sein. Er muss erkennen, wo Pro-

bleme entstehen könnten oder bereits vorhanden sind und falls erforderlich, sofort steuernd eingreifen. Hierzu müssen auch Einzelgespräche geführt werden.

Natürlich wird es auch Situationen geben, in denen der Bürgermeister als Vorgesetzter eine Entscheidung treffen muss. Wichtig ist in diesen Fällen, den Beteiligten diese Entscheidung zu erläutern. Ängste/Einwände dürfen nicht unbeachtet bleiben. Nur wenn Entscheidungen verstanden werden, können sie auch akzeptiert und umgesetzt werden. Dies gilt insbesondere auch für organisatorische Maßnahmen.

Der Gemeinderat als Steuerer

Nicht selten scheitern Modernisierungsbemühungen an der unflexiblen Haltung von Bürgermeister und Rat. Es ist nicht die Hauptaufgabe des Rates, Fehler bei der Verwaltung zu finden, sondern den Grad der Erreichung von Zielsetzungen zu überprüfen und systematisch Rückschlüsse für die zukünftigen Steuerungsentscheidungen auf normativer und strategischer Ebene zu ziehen. Der Rat ist verantwortlich für Grundsatzentscheidungen zur Entwicklung der Kommune, sowie die strategische Steuerung der Verwaltung. Voraussetzungen hierfür sind ein umfassendes Berichtswesen von Verwaltung und Bürgermeister, das auch die vom Rat benötigten steuerungsrelevanten Informationen beinhaltet, sowie die Bereitschaft aller Beteiligten, überhaupt etwas ändern zu wollen. Ziel muss es sein, dass sich Bürgermeister, Rat und Verwaltung von der so verbreiteten Misstrauenskultur verabschieden und zu einer vertrauensvollen Kooperation kommen.

Um diese Form der Zusammenarbeit zu ermöglichen, muss der Rat sich auf die Vorgabe der politischen und strategischen Ziele konzentrieren und die Umsetzung der Beschlüsse den Fachleuten der Verwaltung überlassen. Dies kann aber nur funktionieren, wenn alle an diesem Prozess Beteiligten wissen, was die gemeinsamen Ziele sind. Haben Sie schon einmal versucht, ein Puzzle mit 3000 Teilen zu legen, ohne zu wissen wie das fertige Bild aussehen soll? Wie sollen die Beteiligten an den Entscheidungsprozessen in der Gemeinde die richtigen Maßnahmen beschließen und umsetzen, wenn keine Vorstellungen existieren, wie die

Themen in dieser Ausgabe:

- Kommunalmanagement
- Bürgermeistertreffen in Bad Gögging
- Treffen mit dem BLLV
- Förderung der Kommunen durch EU-Mittel
- 30 Jahre Freie Wähler Vierkirchen
- Aktueller Seminarkalender des BKB

Kommune in 10 oder 20 Jahren aussehen soll? Es gibt genügend Beispiele, wo Politik, Verwaltung und Bürgerschaft über politische Grenzen und individuelle Wünsche hinweg gemeinsam ein Leitbild oder ein Gemeindeentwicklungsprogramm erarbeitet haben, das jetzt Schritt für Schritt umgesetzt wird.

„Heutzutage ist verantwortungsvolles Handeln für eine Kommune ohne ein langfristiges Konzept nicht möglich!“

Heutzutage ist verantwortungsvolles Handeln für eine Kommune und die dort lebenden Menschen ohne ein langfristiges Konzept, eine Vision nicht möglich.

Die Aufgabe des Bürgermeisters

Ein guter Bürgermeister hat vier Berufe:

1. Er ist *Manager* eines mittelständischen Unternehmens und als solcher Dienstvorgesetzter und Entscheider. Hauptaufgabe ist die Umsetzung der vom Rat getroffenen Entscheidungen.
2. Er ist als *Politiker* Repräsentant der Kommune.
3. Er agiert als *Moderator/Mediator*, z. B. in den Sitzungen des Rates oder bei internen Diskussionen.

4. Er muss *Visionär* sein, denn eine der wichtigsten Aufgaben für ihn sind die richtigen Weichenstellungen für die nächste Generation.

Grundvoraussetzung hierfür ist Offenheit, Transparenz im Handeln und soziale Kompetenz. Jeder, der sich mit einem Anliegen an den Bürgermeister wendet, muss sicher sein können, dass sein Anliegen auch ernst genommen wird.

Unterstützende Maßnahmen

Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die den in diesen Artikel beschriebenen Wertewandel unterstützen. Beispielhaft sind zu nennen:

- klare Zuständigkeitsregelungen, auch in der Geschäftsordnung des Rates
- Erstellen eines gemeinsamen Leitbildes



(Wie sehen wir unsere Arbeit für Politik und Bürgerschaft?) durch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Anmerkung: Warum sollen nicht auch Bürgermeister und Rat eigene Leitbilder erarbeiten?

- Umdenkprozess in der Verwaltung: Dienstleister für den Bürger als Kunden
- kundenfreundliche Öffnungszeiten im Bürgerbüro
- Jahresarbeitszeitkonto für die Beschäftigten der Kommune
- stets aktuelle Homepage / intensive Öffentlichkeitsarbeit

Wie sieht Ihre Zukunft aus?

In Hallbergmoos wird das in diesem Artikel beschriebene moderne Kommunalmanagement erfolgreich praktiziert. Voraussetzung hierfür war, dass alle Beteiligten bereit waren, etwas am bestehenden System zu verbessern. Dies war Voraussetzung für nachhaltige Änderungen von der klassischen Verwaltung hin zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen.

Wann fangen Sie an?

Zentralisierungspolitik schadet dem ländlichen Raum

Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeitsplätze standen im Mittelpunkt des Bürgermeistertreffens in Bad Gögging-Niederbayern

Die Freien Wähler sehen in der Zentralisierungspolitik der CSU in den vergangenen Jahren die Hauptursache für die derzeitigen Probleme des ländlichen Raumes. Dies wurde auf dem niederbayerischen FW-Bürgermeistertreffen in Bad Gögging (Landkreis Kelheim) deutlich, wo FW-Kreisvorsitzender Jörg Nowy über 70 FW-Kommunalpolitiker begrüßen konnte.

Durch die Zentralisierung von Schulstandorten sei in vielen Kommunen häufig keine wohnortnahe Beschulung mehr gewährleistet, was gerade dem Land weh tue, so FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger. Die einseitige Metropolpolitik der Staatsregierung halte noch heute den Transrapid in München für wichtiger, als den Zustand der Staatsstraßen in Ostbayern oder in anderen ländlichen Regionen. Die Kürzung der Pendlerpauschale treffe vor allem die Leute auf dem Land. Die Besteuerung der Biokraftstoffe mit Zustimmung der CSU sei ein Schlag gegen die gesamte Branche, was nicht nötig gewesen wäre. Die Landwirtschaft brauche insgesamt mehr Planungssicherheit. Dringend umgesteuert werden müsse auch in der Gesundheitspolitik, sonst gäbe es in zehn Jahren auf dem Land keine Hausärzte mehr und kaum noch Kreiskrankenhäuser, sondern nur noch einige zentrale Privatkliniken. Eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung sei dann nicht mehr gewährleistet. Dezentralisierung statt Zentralisierung sei für die bayerische Politik in vielen Bereichen in den nächsten Jahren das Gebot der Stunde, um weitere Fehlentwicklungen zu verhindern.

Förder- und Investitionsstau muss aufgelöst werden

Der Kelheimer Landrat Dr. Hubert Faltermeier forderte die zeitnahe Ausbezahlung von Staatszuschüssen an die Kommunen, um den gegenwärtigen Förder- und Investitionsstau in Bayern aufzulösen. Ein spezielles Seniorenprogramm müsse die wohnortnahe Betreuung älterer Mitbürger sicherstellen. Bürokratieabbau sei dringend nötig. Die Schulzentralisierung führe auch dazu, dass junge Leute ihren Wunschberuf nicht erlernen würden, weil sie unzumutbar weite Wege in die wenigen, übrig gebliebenen Ausbildungseinrichtungen zurücklegen müssten. Elektriker aus der Kelheimer Gegend etwa müssten bis nach Dingolfing.

Bei der Ausbildung setzte auch Hans Kaltenhauser an, Sprecher des FW-Wirtschaftsarbeitskreises. Die Ausbildungsreife vieler Schulabgänger müsse verbessert werden, die Lehrpläne bräuchten mehr Praxisbezug. In seinem Unternehmen habe er pro Mitarbeiter und Monat 45 Minuten Bürokratie zu erledigen, was ein Vielfaches der Belastung der europäischen Mitbewerber ausmache. Auch die hohen Energiepreise - mitverursacht durch den Rückzug des Staates aus der Energiewirtschaft - belasteten

die heimische Wirtschaft. Es müsse Ziel der bayerischen Politik sein, Handwerk und Unternehmer auch in der Fläche zu halten, um Kaufkraft und wohnortnahe Arbeitsplätze zu sichern. Einseitige Metropolförderung sei hier also schädlich. In seinem Schlusswort forderte Hubert Aiwanger: „Die Zukunft des ländlichen Raumes ist zu wichtig, um nur Wahlkampfthema für diejenigen zu sein, welche die zu beklagenden Fehlentwicklungen politisch zu verantworten haben und nach der Wahl wieder alles in der Schublade verschwinden lassen. Wir Freien Wähler müssen das Thema auf der Tagesordnung halten, sonst passiert nichts!“



FW-Wirtschaftssprecher Hans Kaltenhauser, FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger, Bürgermeister Jörg Nowy (FW-Kreisvorsitzender von Kelheim) und Landrat Dr. Hubert Faltermeier (Kelheim) diskutierten auf dem FW-Bürgermeistertreffen in Bad Gögging mit 70 Kommunalpolitikern über die Probleme des ländlichen Raums.

Meinungsaustausch zwischen BLLV-Präsidenten Klaus Wenzel und FW Vorsitzendem Hubert Aiwanger Große Übereinstimmung zwischen Freien Wählern und BLLV

FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger und Bildungssprecher Christian Kögl haben beim Kennenlerngespräch mit dem neuen Präsidenten des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV), Klaus Wenzel, in München weitgehende Übereinstimmung in wichtigen Positionen festgestellt. Aiwanger zollte den klaren Worten Wenzels zu den Versäumnissen der Landespolitik im Bildungsbereich Anerkennung, was dieser mit den Worten quittierte: „Das habe ich von Ihnen gelernt!“

Dringender Handlungsbedarf besteht in beidseitiger Übereinstimmung bei der Lehrerversorgung an Bayerns Schulen, wo die derzeitigen Defizite von mehreren Tausend Lehrkräften in den nächsten Jahren sprunghaft ansteigen werden. Der Erhalt kleiner Schulstandorte ist ein großes Anliegen der Bildungspolitiker. Der BLLV begrüßt die Position der Freien Wähler zur Absenkung der Mindestklassenstärken von derzeit 15 auf zehn Kinder. Wenzel stellte das regionale Schulkonzept des BLLV zur Sicherstellung wohnortnaher Beschulung bei Schülerrückgang in ländlichen Gebieten vor. Die von den Freien Wählern vorgeschlagene längere gemeinsame



Große Übereinstimmung in ihren Positionen stellten (v. l. n. r.) BLLV-Präsident Klaus Wenzel, Freie Wähler-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger und Christian Kögl, Sprecher des Arbeitskreises Bildung, bei ihrem Meinungsaustausch in München fest.

„Bildung muss das politische Thema Nummer eins in Bayern werden!“

Grundschulzeit von fünf Jahren bei gleichzeitig stärkerer individueller Förderung sieht der BLLV ebenfalls als „Schritt in die richtige Richtung“. Hierdurch könnte der frühe Auslesedruck etwas von den Kindern genommen werden. Vorhandene Gebäudekapazitäten würden besser genutzt und Druck von Realschulen

und Gymnasien genommen. Aiwanger erläuterte seine Aussage, dass die Bildungspolitik „das politische Thema Nummer eins in Bayern“ werden müsse, damit der Wohlstand gesichert werden könne. Facharbeitermangel und Jugendarbeitslosigkeit seien zwei Seiten derselben Medaille. Weitere Kontakte wurden vereinbart.

Wie kann ich Geld der Europäischen Union bekommen?

Seminar zur EU-Förderpolitik des Bildungswerkes für Kommunalpolitik Bayern e.V. in Mittelfranken.

Ohne Fördermittel können unsere Kommunen heute kaum mehr größere Projekte durchführen. Es werde angesichts der hoffentlich bald abnehmenden Bürokratie aber immer schwieriger, sich einen Überblick über das Zuschusswesen, insbesondere der Europäischen Union, zu verschaffen. Dagmar Kiener, beratende Ingenieurin für Kommunalprojekte, versuchte bei einem Seminar des Bildungswerkes der Freien Wähler in Markterlbach/Linden eine Schneise in das Dickicht der Verordnungen und Fördermöglichkeiten für die zahlreichen Zuhörer zu schlagen.

Die Förderungen werden vielfältiger und unübersichtlicher. Die Stadt Nürnberg habe daher mehrere Personen beschäftigt, die sich nur mit dem Auffinden von Fördertöpfen beschäftigen. Viele Gemeinden und Städte erhielten heute schon Gelder von den unterschiedlichsten EU-Stellen und würden darüber im Unklaren gelassen, da sie offiziell als Zuschüsse des Freistaates Bayern ausgewiesen werden.

Bei einem Überblick über die einzelnen Förderstellen und Zuschussmittel stellte Dagmar Kiener heraus, dass die Europäische Union vor allem Projekte fördere, in denen ganzheitlich gearbeitet werde, das heißt, dass beispielsweise Städte und ländlicher Raum ein gemeinsames

Entwicklungskonzept hätten. So werde in dem neuen LEADER-Projekt verlangt, dass die lokalen Aktionsgruppen (LAG) gebietsübergreifende Beziehungen aufbauen.

Die Referentin stellte neben den LEADER-Projekten folgende Fördermöglichkeiten näher vor: Die EFRE (Europäische Förderung Regionaler Entwicklungen), der Europäische Sozialfond (ESF) und die Integrierte ländliche Entwicklung (ILE) über das Amt für ländliche Entwicklung.

Bei EFRE gäbe es im Zeitraum von 2007 bis 2013 in Bayern rund 511 Millionen Euro. Dieses Geld soll für Innovationen, Unternehmensgründungen oder zum Ausgleich von interregionalen Ungleichgewichten verwendet werden. Die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und Universität soll in diesem Zusammenhang mehr gefördert werden. Zu den EFRE-Förderungen gehören zum Beispiel die Städtebauförderung, die Umnutzung von Bahn-, Militär- und Industriestandorten und die Energiegewinnung. Im Bereich der ESF stehen für Deutschland 12,1 Milliarden Euro in sechs Jahren zur Verfügung. Auf Bayern kommen dabei 275 Millionen Euro. Gefördert werden hiermit Projekte wie z. B. „Neue Chancen für das Alter“, „Wanderland Bayerischer Wald“ oder „Mensch und Natur“. Kommunen, die ein Projekt einreichen, sollten, nach

Kiener, folgende Fragen klären:

- Welche Ziele soll das Projekt erreichen?
- Ist das Projekt überhaupt umsetzbar?
- Ist eine Co-Finanzierung sichergestellt?

Bis die Mittel fließen, verstreiche oft eine längere Wartezeit. Dies müssen die Kommunen vorher einkalkulieren. Dagmar Kiener wies zum Abschluss dieses interessanten Seminars darauf hin, sich frühzeitig und intensiv mit den Förderrichtlinien zu beschäftigen. Nur damit werde eine erfolgreiche Förderung kommunaler Projekte gesichert.



Dr. Birgit Krefß, Bürgermeisterkandidatin der FW in Markterlbach (rechts), mit der Referentin Dagmar Kiener

Mit Leib und Seele für die Freien Wähler

Mit allen Mitgliedern und einigen FW-Nachbarverbänden feierten die Freien Wähler Vierkirchen ihr 30-jähriges Jubiläum. Aus der anfangs „Überparteilichen Bürgergemeinschaft ÜB“ hätten sich die Freien Wähler in den drei Jahrzehnten ihres Bestehens zu einem stattlichen Verband entwickelt, der zurzeit den stellvertretenden Bürgermeister und drei Gemeinderäte stellt.



Von links nach rechts: Johann Neubauer, Herbert Eder, Hubert Aiwanger, Gottfried Agneskirchner, Johann Riedl, Willi Miksch, Gerhard Stoll, Josef Mayr, Eva Gottstein und Josef Kellerser.

Informationen der Redaktion:

Liebe Leserin, lieber Leser,

damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle, Marktplatz 7, 95349 Thurnau; Fax: 09228-99 69 567; Tel.: 09228- 99 69 566; Email: bkb-bayern@t-online.de

Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder Email-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter www.bkb-bayern.de möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze Email an die FW-Landesgeschäftsstelle München (gstelle@freie-waehler.de) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer Email-Adresse.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter Email: redaktion@bkb-bayern.de entgegen. Beitragsvorschläge für die Ausgabe 4/2007 sollten bis zum 3. Dezember 2007 in der Redaktion eingereicht werden.

Seminarangebote des Bildungswerkes im zweiten Halbjahr 2007

Oktober 2007

Fr. 12.10.	Stallmeister, Die Arbeit als Bürgermeister und Gemeinderat – Tipps und Erfahrungen für Neueinsteiger.	Mittelfranken, Adelsdorf
Fr. 12.10.	Wagner, Bauleitplanung.	Oberbayern-Ost, Piding
Fr. 12.10.	Kleiber, Der kommunale Haushalt.	Schwaben, Mindelheim
Fr. 12.10.	Stich, Dorferneuerung, mehr als nur Kosmetik.	Oberpfalz, Kohlberg
Sa. 13.10.	A. Schmitz, Kommunikationstraining – Moderation/ Gesprächsführung in Gemeinderat und Ausschüssen.	Mittelfranken, Adelsdorf
Fr. 19.10.	Stich, Dorferneuerung, mehr als nur Kosmetik.	Unterfranken, Euerbach
Fr. 19.10.	Haller, Sparen durch effektiven Einsatz alternativer Energiesysteme in den Kommunen und Privathaushalten.	Oberpfalz, Seubersdorf
Fr. 19.10.	Wamser, Ich kandidiere erstmals, was kommt auf mich zu?	Oberfranken, Hummeltal
Sa. 20.10.	Portele, Der erste Eindruck ist oft entscheidend – die richtige Präsentation der eigenen Person.	Oberfranken, Thurnau
Sa. 20.10.	Wamser, Ich kandidiere erstmals – was kommt auf mich zu?	Niederbayern, Tiefenbach
Sa. 20.10.	A. Schmitz, Kommunikationstraining-Präsentation und öffentlicher Auftritt bei den Wahlen und in der Kommunalpolitik.	Unterfranken, Schwarzach-Hörblach
Fr. 26.10.	Taubmann, Kommunalwahl 2008, ich kandidiere zum Gemeinde-, Stadt- und Kreisrat; was kommt auf mich zu?	Schwaben, Sonthofen-Altstädten
Fr. 26.10.	Graubmann, Politische Jugendarbeit in der Großstadtkommune.	München, Schachnerhof/Pognerstr. Mittelfranken, Eckental-Eschenau
Sa. 27.10.	Kaim, Rhetorik I.	Niederbayern, Regen
Sa. 27.10.	A. Schmitz, Präsentation und Auftritt im Wahlkampf und in der Kommunalpolitik.	

November 2007

Fr. 09.11.	Graubmann, Jugendarbeit in der Kommune.	Oberpfalz
Sa. 10.11.	Kaim, Rhetorik II.	Niederbayern, Osterhofen
Sa. 10.11.	A. Schmitz, Präsentation und Auftritt bei der Wahl und in der Kommunalpolitik.	Schwaben
Sa. 10.11.	Stallmeister, Öffentlichkeits- und Pressearbeit.	Oberbayern, Garmisch-P./Dorint-Hotel
Fr. 16.11.	Wamser, Rechte und Pflichten des Gemeinderates.	Mittelfranken
Fr. 16.11.	Stallmeister, Kommunalmarketing im Rahmen der Großstadt München.	München, Schachnerhof/Pognerstr.
Fr. 16.11.	Kaim, Rhetorik III.	Unterfranken
Sa. 17.11.	Wamser, Kommunalwahl 2008, ich kandidiere erstmals, was kommt auf mich zu?	Unterfranken, Euerbach
Sa. 17.11.	A. Schmitz, Projektmanagement für Kommunalpolitiker.	Oberbayern-West, Maisach
Sa. 17.11.	Portele, Der erste Eindruck ist oft entscheidend – Die richtige Präsentation der eigenen Person.	Oberpfalz
Fr. 23.11.	Taubmann, Kommunalwahl 2008 – ich kandidiere erstmals, was kommt auf mich zu?	Oberbayern-Ost, Raubling
Sa. 24.11.	A. Schmitz, Präsentation und Auftritt bei der Wahl und in der Kommunalpolitik.	Oberbayern-Mitte
Sa. 24.11.	Taubmann, Ich kandidiere erstmals, was kommt auf mich zu?	Oberbayern-West, Hohenwart
Sa. 24.11.	Portele, Der erste Eindruck ist oft entscheidend – Die richtige Präsentation der eigenen Person.	Unterfranken
Fr. 30.11.	Kaim, Rhetorik.	Oberbayern-Mitte
Fr. 30.11.	Stallmeister, Effektives Arbeiten im Rathaus.	Oberbayern-West, Landsberg/Lech

Dezember 2007

Sa. 01.12.	Wamser, Kommunalwahl 2008 – ich kandidiere erstmals, was kommt auf mich zu?	Oberfranken, Rehau/ASV-Heim
Sa. 01.12.	A. Schmitz, Präsentation und Auftritt bei den Wahlen und in der Kommunalpolitik.	Unterfranken
Sa. 08.12.	Wamser, Kommunalwahl 2008 – ich kandidiere erstmals, was kommt auf mich zu?	Niederbayern, Geiselhöring